Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 51 (1978)

Heft: 5

Artikel: Von Monat zu Monat : die Radioansprache Pilet-Golaz vom 25. Juni 1940

Autor: Kurz

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-518633

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Radioansprache Pilet-Golaz vom 25. Juni 1940

In den Nachrufen auf den am 23. Dezember 1977 verstorbenen alt Bundesrat Philippe Etter ist verschiedentlich an die Rolle erinnert worden, die Etter beim Entstehen der vieldiskutierten Radioansprache des Bundesrats vom 25. Juni 1940 gespielt habe. Diese Hinweise entsprachen nicht immer dem vollen Sachverhalt. Da es sich zudem bei der Erklärung vom 25. Juni 1940 um eine schicksalshafte Äusserung des Bundesrats während des Krieges handelt, die schon unter den Zeitgenossen umstritten war und deren Bedeutung auch in der Geschichte sehr unterschiedlich beurteilt wird, sollen im folgenden Inhalt und politische Tragweite dieser legendären Kriegsrede etwas näher betrachtet werden.

Die «Pilet-Rede», wie sie im Volk genannt wurde, ist ein Ausdruck der wohl dunkelsten Epoche unserer jüngsten Geschichte. Im Frühling-Vorsommer 1940 durchlebte die Schweiz eine gefährliche innere Krise. Der unerwartet rasche Zusammenbruch der französischen Armee, in der viele von uns eine verlässliche Stütze im Kampf gegen die Wehrmacht Hitlers gesehen hatten, wirkte auf unser Volk deprimierend. Nachdem Frankreich am 22. Juni 1940 im historischen Eisenbahnwagen im Wald von Rethondes bei Compiègne und am 24. Juni 1940 in Rom seine Kapitulation erklärt hatte, war die Schweiz ringsherum von einer einzigen kriegführenden Macht umschlossen. Sie war zum belagerten Land geworden, das im Kampf gegen das übermächtige Deutschland und seinen italienischen Verbündeten mit keiner Hilfe mehr rechnen durfte. Einzig Grossbritannien führte den Kampf weiter; aber es war weit entfernt und hatte grosse eigene Verteidigungsprobleme. Die Schweiz stand vollkommen allein.

In dieser bedrängten Lage begannen sich in der Schweiz nicht wenige zu fragen, ob ein Widerstand des umzingelten Landes überhaupt möglich und sinnvoll sei, und ob es nicht klüger wäre, sich mit den neuen Machthabern Europas zu verständigen. Unsicherheit, Zweifel und Defaitismus breiteten sich aus. Sie bewirkten eine bedrückte, mutlose Stimmung, die immer gefährlichere Formen annahm, je weniger von massgebender Seite dem Volk die Lage erläutert und Richtlinien für die künftige Haltung der Schweiz erteilt wurden.

Dank ihrer engen Verbundenheit mit dem Volk wurde dieser Stimmungstiefstand am deutlichsten von der Armee empfunden. Von ihr ging der Anstoss zum Handeln aus. Am Abend des 24. Juni 1940 — dem Vorabend des Eintritts der Waffenruhe in Frankreich — begab sich der damalige Hauptmann und Nationalrat Th. Gut (Stäfa), der als Verbindungsoffizier zwischen Bundesrat und Armeekommando eingesetzt war, im Auftrag der Armeeleitung zum Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern, Bundesrat Etter, und erklärte diesem, dass die Armee stark beunruhigt sei über die Verschlechterung der Stimmung im Volk; sie erwarte vom Bundesrat mög-

lichst bald eine eindeutige öffentliche Erklärung zur Lage. Bundesrat Etter war von dieser ernsten Forderung der Armee beeindruckt und wandte sich unverzüglich an Bundespräsident Pilet-Golaz, der ebenfalls das dringende Bedürfnis zum Handeln erkannte. Noch am selben Abend des 24. Juni fand in der Privatwohnung des Bundespräsidenten eine gemeinsame Aussprache statt, an welcher die Bundesräte Pilet-Golaz, Etter und Minger sowie Hauptmann Gut teilnahmen. Bis tief in die Nacht wurden in gemeinsamer Arbeit die leitenden Gedanken einer Radioansprache festgelegt, die am nächsten Tag in den drei Landessprachen an das Schweizervolk gehalten werden sollte.

Aus den Erklärungen, die Bundesrat Etter nach dem Krieg Redaktor M. Rosenberg über diese Besprechung im Hause Pilet-Golaz abgegeben hat (Vaterland, Nr. 43 vom 21. Februar 1970), geht hervor, dass es in der Aussprache darum ging, sich auf die Fragen zu einigen, die in der Rede behandelt werden sollten; ebenso sollte die Richtung der Argumentation des Bundesrats umrissen werden. Das Ziel der Rede war die Beruhigung der Öffentlichkeit, die Stärkung von Moral und Durchhaltewillen des Volkes und der Kampf gegen den Defaitismus.

Folgende Hauptpunkte sollten in der Rede hervorgehoben werden:

1. Mit der Erklärung einer nur «schrittweisen Demobilisation» sollte der Forderung nach einer totalen Demobilmachung entgegengetreten werden, die vor allem in der Westschweiz und in Kreisen der Landwirtschaft erhoben wurde.

2. Besonderes Gewicht sollte auf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gelegt werden, da man in der damaligen Lage glaubte, mit schweren Störungen auf dem Arbeitsmarkt rechnen zu müssen. Es sollten staatliche Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, insbesondere ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm angekündigt werden.

3. Es sollte eine Wandlung der «inneren Einstellung des einzelnen Bürgers und dessen Verpflichtung zum persönlichen Opfer» gefordert werden. Der Ruf nach dem «neuen Menschen» und nach dem «den alten Menschen ablegen» sollte einzig diesem Ziel dienen und war ganz unpolitisch gedacht.

4. Schliesslich sollte die Betonung der «Führung des Bundesrats» Sicherheit und Vertrauen im Volk stärken. Hinter dieser Erklärung steckten keine diktatorischen Absichten des Bundesrats.

Aufgrund dieser Aussprache, in der unter den Teilnehmern volle Einigkeit erzielt wurde, redigierte Bundespräsident Pilet-Golaz in den verbleibenden Nachtstunden allein den Text der Rede und veranlasste am nächsten Tag ihre Übersetzung ins Deutsche und Italienische. Bereits am 25. Juni 1940 sollte die Rede in den drei Landessprachen am Radio gelesen werden. Die französische Originalfassung sollte Bundespräsident Pilet-Golaz, die deutsche Fassung Bundesrat Etter und die italienische Fassung Bundesrat Enrico Celio lesen.

Infolge der Übersetzungsarbeiten war die Zeit knapp geworden, so dass wesentliche Änderungen am Text nicht mehr vorgenommen werden konnten. Bundesrat Etter erklärte später, dass ihm vor dem Vorlesen am Radio nur noch eine knappe Stunde Zeit geblieben sei, in der er lediglich einige stilistische Retuschen am deutschen Text habe vornehmen können. Den übrigen Mitgliedern des Bundesrats — ausser Bundesrat

Celio — wurde die Rede nicht vorgelegt. Bundesrat Minger war an der Besprechung vom Vorabend dabeigewesen, Baumann, Wetter und Obrecht — der krank war — wurden nicht begrüsst. Die am 25. Juni von den drei Mitgliedern des Bundesrats verlesene Ansprache stützte sich zwar in den Hauptpunkten auf die Vorbesprechung; ihre Redaktion war jedoch das persönliche Werk von Bundespräsident Pilet-Golaz und ist deutlich geprägt von seiner Gedankenwelt. Die Rede war somit nicht eine vom Bundesratskollegium gutgeheissene Regierungserklärung.

Die Ansprache erfuhr vorerst in der Presse keine schlechte Aufnahme. Die grossen Blätter würdigten sie im allgemeinen positiv, wenn auch da und dort — vor allem in den deutschschweizerischen Blättern — der Vorwurf durchtönte, die Rede lasse die gebotene Klarheit vermissen, sie äussere sich in allzu unbestimmten Wendungen und sei «sibyllinisch». Auch wurden darin gewisse Ansätze zu einer autoritären Haltung des Bundesrats beanstandet.

Auch in den parlamentarischen Kreisen begegnete die Rede keiner grundsätzlichen Ablehnung. Da am 26. und 27. Juni die Vollmachtenkommission des Nationalrats tagte, war es naheliegend, dass in der Kommission auch die Ansprache des Bundesrats zur Sprache kam. Neben betont zustimmenden Voten fand sie dabei auch deutliche Kritik. So äusserte sich Nationalrat Oprecht «enttäuscht» über die teilweise «schleierhaften Wendungen» der Rede, die zu viele Mutmassungen offen lasse; ausserdem beanstandete er, dass der Wille zum Festhalten an der Demokratie zu wenig deutlich geäussert worden sei. Die ungenügende Klarheit der Rede wurde auch von Nationalrat Hauser bemängelt; dieser sei «erschrocken» gewesen über ihre missverständlichen Äusserungen, die beim Hörer den Eindruck erwecken mussten, dass damit etwas verborgen werden sollte. Dagegen wurde der Rede von keiner Seite der Vorwurf des Defaitismus gemacht und es wurden ihr auch nicht Tendenzen zur Anpassung oder zu einer schwächlichen Verständigungsbereitschaft gegenüber Deutschland vorgeworfen.

In gleicher Weise wurde später von einer ganzen Reihe massgebender Persönlichkeiten (unter anderem Prof. R. von Salis und Prof. F. Marbach) erklärt, dass ihnen die Ansprache beim ersten Anhören keineswegs einen negativen Eindruck gemacht habe. Die Rede löste da und dort fragende Reaktionen und Unsicherheit aus — sie bewirkte aber nicht einen unmittelbaren Schock. Eine ernüchterte Ablehnung und sogar ein Missbehagen gegenüber der Rede stellte sich erst nach einiger Zeit ein, zweifellos erheblich gefördert durch das spätere Verhalten Pilet-Golaz — insbesondere seinen Empfang der schweizerischen Frontistenführer am 10. September 1940.

Die Pilet-Rede vom 25. Juni 1940 enthält kaum etwas Falsches oder Anfechtbares. Ihre Mängel liegen viel mehr in ihrer unklaren, unbestimmten und unpsychologischen Redaktion. Mit verschwommenen Platitüden, unter denen sich der Hörer nur wenig vorstellen konnte, erklang sie zu theoretisch, zu unfassbar, zu volksfremd. Ihre Rhetorik erschien vielen als zwielichtig und verdächtig und forderte nicht nur zu Misstrauen, sondern auch zu falschen Deutungen heraus. Das Volk erwartete in dieser bedrängten Stunde keine philosophischen Exkurse, mit denen es nichts anfangen konnte, sondern eine klare und praktisch brauchbare Devise. Von der Rede «ging keine ermutigende Wärme aus» (Albert Oeri). Die Mängel der Rede liegen deshalb nicht zuletzt in dem, was sie *nicht* sagte, aber hätte sagen sollen. Sie erging sich in schwer verständlichen Betrachtungen zur Lage, unterliess es aber, die wesentlichen Fragen klar zu beantworten, die das Volk beunruhigten.

Sicher war die Pilet-Rede nicht, wie man ihr später zum Vorwurf machte, eine vom Defaitismus geprägte «Anpasserrede». Bei ihrer Art, die Probleme darzulegen, musste sie es aber in Kauf nehmen, dass sie missverstanden wurde, und dass — im Verein mit der späteren Haltung des Bundespräsidenten — der Verdacht auf eine gewisse Anpassungsbereitschaft des Bundesrats aufkommen konnte. Dabei ist auffallend, dass die von Pilet-Golaz redigierte Originalfassung weniger Anstoss erregte als die deutsche Übersetzung, in welcher der in unserem Volk verhasste nationalsozialistische Sprachstil allzu deutlich durchschimmerte. Ausdrücke wie «Anpassung», «Erneuerung», «Umbruch», «innere Wiedergeburt», u. a. haben in unserer Öffentlichkeit ärgerliche Ablehnung bewirkt.

Besonderen Anlass zu Kritik haben insbesondere die folgenden Stellen der Rede gegeben:

- der Hinweis auf die Demobilmachung der Armee, auch wenn diese nur stufenweise erfolgen sollte
- die Ankündigung einer grundlegend veränderten nationalen Wirtschaft, ohne dass gesagt wurde, worin diese Änderungen bestehen würden
- die Vorhersage wichtiger Entscheidungen, die ebenfalls nicht näher genannt wurden
- die in unserem Volk verhasste Forderung nach «Anpassung» an die neuen Verhältnisse
- das Gebot einer Loslösung von «altväterischen Gewohnheiten» und Annehmlichkeiten und der Rückkehr zu «gesunden Gewohnheiten»
- die schwer verständliche Ankündigung einer «inneren Wiedergeburt des Volkes» und des Ablegens des «alten Menschen»
- der wenig sagende Wunsch nach einer Anpassung an den beschleunigten «Rhythmus der Zeit»
- der sehr allgemein gehaltene Wunsch nach vermehrten Machtbefugnissen der Regierung, die als ein sicherer und hingebender «Führer» bezeichnet wurde

Die Rede vom 25. Juni 1940 war das Ergebnis der geistigen Arbeit einer Nacht. Sie war ein rasch hingeworfener Text, der noch nicht ausgereift war und der noch gründlich hätte überdacht werden müssen, bevor er an die Öffentlichkeit ging. Die damalige Lage verlangte eine vertiefte und wohlerwogene Erklärung der Regierung. Diese hätte noch geeigneten Dritten vorgelegt und vielleicht sogar unter einer Mehrzahl von Hörern «getestet» werden müssen. Unverständlich ist es, dass die Rede nicht sämtlichen Mitgliedern des Bundesrats vorgelegt wurde. Auch wenn dadurch einige Stunden verloren gegangen wären, wäre dies keine verlorene Zeit gewesen. Mit der überstürzten Bekanntgabe des Textes wurde der Sache kein guter Dienst geleistet.

Bundesrat Etter hat sich darüber Rechenschaft gegeben, dass mit der Veröffentlichung übereilt gehandelt wurde. Freimütig erklärte er später gegenüber Professor Bonjour, schon am Nachmittag des 25. Juni 1940 hätten ihn «Zweifel überkommen, ob der Bundesrat richtig gehandelt habe. Es sei alles sehr gut gemeint gewesen. Aber wir dachten zu wenig an die Wirkung im Volk». Und an anderer Stelle bekennt er: «Als Stellungnahme gegen den Defaitismus gedacht, entsprach die Wirkung leider nicht dieser Absicht, da gewisse Formulierungen missverstanden wurden.»

Bundespräsident Pilet-Golaz war zeitlebens davon überzeugt, mit seiner Rede einen wesentlichen Beitrag zur Klärung der Lage und zur Beruhigung in der Öffentlichkeit geleistet zu haben. Nach seiner Auffassung ist die Rede deshalb missverstanden worden, weil ihre für den landesinternen Gebrauch bestimmten Ausführungen des Bundespräsidenten zu Unrecht in den Bereich der Aussenpolitik übertragen wurden, für die er als Vorsteher des Politischen Departements ebenfalls verantwortlich gewesen sei (Brief an Pierre Béguin).

Bei der Betrachtung des deutschen Textes der Pilet-Rede ist der Vergleich mit einer Erklärung von Interesse, die Nationalrat Grimm namens der sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrats am 18. Juli im Anschluss an die Wahl von Bundesrat Stampfli in der Bundesversammlung abgab. In dieser Fraktionserklärung, mit der die Nichtwahl des sozialdemokratischen Ständerats Wenk zum Bundesrat gerügt wurde, finden sich unter anderem die Sätze:

. . . «Die Voraussetzungen der bisherigen traditionellen Neutralitätspolitik sind durch die europäischen Ereignisse zerstört. Eine Neuorientierung der Innen- und Aussenpolitik der Schweiz drängt sich gebieterisch auf.» Fritz Marbach (Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 48 vom 29. November 1944) stellt zu dieser Erklärung fest, dass sie «sicher nicht weniger weit ging als alles, was der Bundespräsident und zwei seiner Kollegen einen Monat vorher gesagt hatten». Man könne somit der Bundesratsrede «gar keinen Vorwurf machen, den man nicht auch der Fraktionserklärung machen könnte». Diese sozialdemokratische Fraktionserklärung ist — so wenig wie die Bundesratsrede — Ausdruck einer defaitistischen Haltung; in ihr kommt viel mehr die damalige innere Unsicherheit zum Ausdruck, die es schwer machte, die richtigen Worte zu finden.

Dass diese der Lage angemessenen Worte gefunden werden konnten, zeigt eine am gleichen Tag wie die Pilet-Rede herausgegebene «allgemeine Orientierung» des Bundesrats an die schweizerischen Redaktionen. Man muss es bedauern, dass dieses kluge und gutschweizerische Dokument, das von Hauptmann Gut verfasst und nur für die Presse bestimmt war, nicht einem weiteren Kreis zugänglich gemacht wurde, und dass seine eindeutigen Gedanken nicht der offiziellen Rede nutzbar gemacht wurden.

Es ist bisweilen behauptet worden, dass Bundespräsident Pilet-Golaz bei der Redaktion seiner Rede von den Radioansprachen beeinflusst worden sei, die Marschall Pétain in jenen Tagen an das französische Volk gerichtet hat. Eine nähere Prüfung zeigt jedoch, dass diese Annahme nicht zutreffen kann. In den drei Radioerklärungen, die Pétain vor dem 25. Juni abgegeben hat — am 17., 20. und am 23. Juni — findet sich nichts, das Pilet-Golaz hätte anregen können. Erst in der Ansprache Pétains vom 25. Juni, in der er dem französischen Volk den Waffenstillstand erläuterte, deutete er erstmals die «neue Ordnung» an, die nun in Frankreich beginnen müsse. Diese Rede kann schon rein zeitlich Pilet-Golaz nicht beeinflusst haben.

Die Pilet-Rede lebt als das Beispiel einer missglückten Bundesratsrede in der Geschichte. Sie ist darum von ausserordentlicher Bedeutung, weil die Rede in einem Zeitpunkt gehalten wurde, in der sie — viel mehr als Hunderte von übrigen Bundesratsreden — eine aussergewöhnliche politische Mission zu erfüllen gehabt hätte. Es war eine Rede, die von Volk und Armee erwartet und erwünscht wurde und die dazu bestimmt war, in schwerster Zeit den um sich greifenden Defaitismus zu bekämpfen und den Widerstandswillen zu stärken. Trotz allem guten Willen hat die Rede diese Aufgabe nicht

zu erfüllen vermocht; darin liegt ihre Tragik: dass sie in einem der seltenen Fälle, in welcher eine Erklärung des Bundesrats zu einer nationalen Tat von geschichtlicher Bedeutung hätte werden können, die Gelegenheit nicht zu nutzen verstand.

Da damit der Wunsch der Armee nach einem klärenden Wort nicht erfüllt worden ist, entschloss sich die Armeeleitung, selbst zu handeln. Einen Monat später, am 25. Juli 1940, führte General Guisan seinen Rütlirapport durch, in dem er nicht nur der Armee, sondern dem ganzen Volk das „mot d'ordre" ausgab, das jedermann verstand. Der Rütlirapport war die entscheidende Wende. Von ihm ist eine einzigartige Stärkung der Moral und der Durchhaltebereitschaft ausgegangen, die uns immer wieder mit Staunen erfüllt.

Kurz

Eidgenössisches Militärdepartement
Information

Fragen und Antworten

F: Unser Sturmgewehr soll in absehbarer Zeit ersetzt werden. Käme da nicht die persönliche Waffe der US-Soldaten in Frage, welche sehr gut sein soll und wahrscheinlich weniger kosten würde als schweizerische Neukonstruktionen? Stimmt es, dass unser Stgw 57 rostanfällig ist?

A: Wir teilen Ihnen mit, dass die Frage eines allfälligen Nachfolgegewehres als *Ersatz für das Sturmgewehr 57* zurzeit geprüft wird. Da noch nichts entschieden ist, werden Sie sicher Verständnis dafür haben, dass wir Ihnen hierüber jedenfalls vorläufig keine Einzelheiten bekannt geben können. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass unabhängig davon, ob nun eine Handfeuerwaffe in der Schweiz entwickelt oder in gebrauchsfertigem Zustand importiert wird, verschiedene Vorabklärungen notwendig sind, nämlich Festlegung der gewünschten praktischen Schussdistanz, welche weitgehend vom Kaliber abhängig ist, die Präzision, logistische Probleme, Funktionstüchtigkeit der neuen Waffe im Einsatz unter extremen Bedingungen, vor allem im Wintergebirgsdienst, um nur einige Kriterien zu nennen.

Schliesslich ist Ihnen sicher bekannt, dass nebst der von Ihnen erwähnten amerikanischen Handfeuerwaffe noch andere ausländische Modelle auf dem internationalen Markt angeboten werden, die übrigens wie jedes Gewehr mit Vor- und Nachteilen behaftet sind.

Was Ihre geäusserten Vorbehalte bezüglich des Stgw 57 betrifft, möchten wir Ihnen folgendes zu bedenken geben:

Das Sturmgewehr 57 ist bei sorgfältiger Pflege, die jede Waffe benötigt, und bei ordentlicher Aufbewahrung um nichts rostanfälliger als die in anderen Armeen gebräuchlichen Waffentypen. Tatsache hingegen ist, dass das Sturmgewehr gewichtsmässig eines der schwereren Modelle dieser Art darstellt. Dieser Nachteil wird aber durch die Präzision und die grosse Schussdistanz der Waffe ausgeglichen.